

Dr. Katharina Böth, Kevin Kobold

Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013

Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden in diesem Jahr am 22. September 2013 statt. Bereits noch in derselben Nacht, am 23. September 2013, gab Bundeswahlleiter Roderich Egeler um 03:15 Uhr das vorläufige amtliche Ergebnis bekannt. In den anschließenden zwei Wochen folgte die Ermittlung der endgültigen Ergebnisse in den Wahlkreisen und Ländern. Mit seiner für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag dritten und letzten Sitzung gab der Bundeswahlausschuss am 9. Oktober 2013 das amtliche Endergebnis bekannt.

Der vorliegende Beitrag widmet sich in einer kurzen Rückschau den Meilensteinen der diesjährigen Bundestagswahl, wobei der Fokus auf der Darstellung der Ergebnisse und der Sitzverteilung liegt.

Wahlvorschläge

Die erste Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Bundestagswahl 2013 fand am 4. und 5. Juli 2013 statt und hatte die Feststellung des Wahlvorschlagsrechts der Parteien zum Gegenstand. Denn bei Bundestagswahlen sind nur diejenigen Parteien berechtigt, Wahlvorschläge einzureichen, die

- › im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind

oder

- › die ihre Beteiligung an der Wahl bis zum 97. Tag vor der Wahl angezeigt haben und vom Bundeswahlausschuss als Partei anerkannt werden.

Die erste Feststellung bezüglich einer bereits vorhandenen parlamentarischen Vertretung traf der Bundeswahlausschuss in diesem Jahr in neun Fällen. 58 Vereinigungen zeigten hingegen ihre Beteiligung an der Bundestagswahl bis zum 17. Juni 2013 (97. Tag vor der Wahl) beim Bundeswahlleiter an und führten damit die Feststellung des Bundeswahlausschusses über ihre Parteieigenschaft herbei. Bei 29 dieser politischen Vereinigungen hat der Bundeswahlausschuss in seiner Sitzung am 4. und 5. Juli 2013 die Parteieigenschaft anerkannt.

Zum ersten Mal bei Bundestagswahlen konnte in diesem Jahr Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses eingelegt werden, ob eine politische Vereinigung ihre Beteiligung an der Bundestagswahl dem Bundeswahlleiter ordnungsgemäß angezeigt hat und ob sie als Partei anzuerkennen ist. 12 Vereinigungen machten von diesem Recht Gebrauch. In nur einem Fall war die Beschwerde erfolgreich.

Von den insgesamt 39 für die Bundestagswahl 2013 zugelassenen beziehungsweise anerkannten Parteien reichten sodann 5 keine Wahlvorschläge ein. Von den somit insgesamt 34 Parteien, die Wahlvorschläge aufgestellt hatten, beteiligten sich, wie sich aus Übersicht 1 entnehmen lässt, 30 mit Landeslisten an der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag.

Neben den Parteien sind auch Einzelbewerber beziehungsweise Wählergruppen bei der Bundestagswahl wahlvorschlagsberechtigt. Allerdings ist ihr Recht zur Aufstellung von Wahlvorschlägen auf Wahlkreiskandidaten, also die sogenannten Direktkandidaten, beschränkt. In diesem Jahr waren es 81 Wahlbewerberinnen und -bewerber, die als

Übersicht 1

An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in ...	Wahlkreisbewerber/-innen in ...
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer Bayern	allen Wahlkreisen außer Bayern
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Freie Demokratische Partei (FDP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 229
DIE LINKE (DIE LINKE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 112
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen in Bayern
Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)	allen Ländern	276 Wahlkreisen in allen Ländern
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	258 Wahlkreisen in allen Ländern
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)	Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Bayern, Baden-Württemberg	2 Wahlkreisen in Sachsen-Anhalt
DIE REPUBLIKANER (REP)	Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	21 Wahlkreisen (1 in Brandenburg, 3 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Hessen, 3 in Rheinland-Pfalz, 5 in Bayern, 7 in Baden-Württemberg)
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	Hamburg, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	62 Wahlkreisen (1 in Hamburg, 3 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Thüringen, 6 in Rheinland-Pfalz, 30 in Bayern, 20 in Baden-Württemberg)
Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)	Saarland	4 Wahlkreisen (1 in Niedersachsen, 1 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Rheinland-Pfalz)
Bündnis 21/RRP (Bündnis 21/RRP)	Bremen, Nordrhein-Westfalen, Bayern	17 Wahlkreisen (2 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 1 in Berlin, 4 in Nordrhein-Westfalen, 9 in Bayern)
RENTNER Partei Deutschland (RENTNER)	Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg	1 Wahlkreis in Schleswig-Holstein
Bayernpartei (BP)	Bayern	11 Wahlkreisen in Bayern
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	Niedersachsen, Baden-Württemberg	5 Wahlkreisen in Niedersachsen
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg	38 Wahlkreisen (11 in Berlin, 6 in Nordrhein-Westfalen, 8 in Sachsen, 3 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 7 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)
Die Violetten; für spirituelle Politik (DIE VIOLETTEN)	Bayern	5 Wahlkreisen (1 in Berlin, 2 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	allen Ländern	41 Wahlkreisen (2 in Mecklenburg-Vorpommern, 1 in Hamburg, 2 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 3 in Sachsen-Anhalt, 3 in Berlin, 15 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Sachsen, 1 in Hessen, 1 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 3 in Bayern, 6 in Baden-Württemberg, 1 in Saarland)
Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung; Politik für die Menschen (Volksabstimmung)	Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg	2 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen	keine

noch Übersicht 1

An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in . . .	Wahlkreisbewerber/-innen in . . .
Alternative für Deutschland (AfD)	allen Ländern	158 Wahlkreise (alle in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin, Saarland sowie 17 in Niedersachsen, 3 in Sachsen-Anhalt, 41 in Nordrhein-Westfalen, 6 in Hessen, 3 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 29 in Bayern, 23 in Baden-Württemberg)
Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit (BIG)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg	6 Wahlkreise (1 in Niedersachsen, 5 in Berlin)
Bürgerbewegung pro Deutschland (pro Deutschland)	Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg und Saarland	3 Wahlkreise (1 in Berlin, 1 in Sachsen, 1 in Bayern)
DIE RECHTE	Nordrhein-Westfalen	keine
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	Bayern	keine
FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)	allen Ländern	174 Wahlkreise (alle in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Berlin sowie 2 in Schleswig-Holstein, 22 in Niedersachsen, 4 in Brandenburg, 22 in Nordrhein-Westfalen, 5 in Sachsen, 6 in Hessen, 6 in Thüringen, 14 in Rheinland-Pfalz, 39 in Bayern, 21 in Baden-Württemberg)
Partei der Nichtwähler	Nordrhein-Westfalen	keine
Partei der Vernunft (PARTEI DER VERNUNFT)	Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg	6 Wahlkreise (1 in Thüringen, 3 in Rheinland-Pfalz, 1 in Bayern, 1 in Saarland)
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (DIE PARTEI)	Hamburg, Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen	32 Wahlkreise (2 in Hamburg, 1 in Bremen, 1 in Brandenburg, 10 in Berlin, 6 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Sachsen, 4 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 3 in Bayern, 2 in Baden-Württemberg)
Bergpartei, die „ÜberPartei“ (B)	keine	1 Wahlkreis in Berlin
Bund für Gesamtdeutschland (BGD)	keine	1 Wahlkreis in Sachsen
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	keine	6 Wahlkreise (4 in Brandenburg, 1 in Berlin, 1 in Baden-Württemberg)
Nein!-Idee (NEIN!)	keine	1 Wahlkreis in Bayern

Wählergruppen beziehungsweise Einzelbewerber/-innen zur Wahl in den 299 Wahlkreisen antraten. Bei den Bundestagswahlen 2009 hatte es mehr als doppelt so viele, nämlich 166, Einzelbewerber/-innen beziehungsweise Wählergruppen gegeben. Im Jahr 2005 waren es nur 60.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2013 waren 61,9 Millionen Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler betrug 44,3 Millionen. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 71,5%. Sie lag damit um 0,7 Prozentpunkte leicht über der von 2009 (70,8%) und um 6,2 Prozentpunkte unter der von 2005 (77,7%). In acht Ländern lag die Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt, und zwar in Baden-Württemberg mit 74,3%, in Niedersachsen mit 73,4%, in Hessen mit 73,2%, in Schleswig-Holstein mit 73,1%, in Rheinland-Pfalz mit 72,8% sowie im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin mit jeweils 72,5%. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 62,1% und 70,3%. Die niedrigste Wahlbeteiligung war in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung, wie bereits seit der Bundestagswahl 2002, unter dem Bundesdurchschnitt.

Tabelle 1 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern

	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt		
	2005	2009	2013
Baden-Württemberg	78,7	72,4	74,3
Bayern	77,9	71,6	70,0
Berlin	77,4	70,9	72,5
Brandenburg	74,9	67,0	68,4
Bremen	75,5	70,3	68,8
Hamburg	77,5	71,3	70,3
Hessen	78,7	73,8	73,2
Mecklenburg-Vorpommern	71,2	63,0	65,3
Niedersachsen	79,4	73,3	73,4
Nordrhein-Westfalen	78,3	71,4	72,5
Rheinland-Pfalz	78,7	72,0	72,8
Saarland	79,4	73,7	72,5
Sachsen	75,7	65,0	69,5
Sachsen-Anhalt	71,0	60,5	62,1
Schleswig-Holstein	79,1	73,6	73,1
Thüringen	75,5	65,2	68,2
Deutschland	77,7	70,8	71,5

In diesem Jahr kam zudem eine neue Regelung zum Wahlrecht der dauerhaft im Ausland lebenden Deutschen zur Anwendung. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch diese sogenannten Auslandsdeutschen wahlberechtigt.¹ Da sie jedoch nicht mehr über einen Wohnsitz im Inland verfügen und daher nicht automatisch auf der Grundlage der Melderegister in das Wählerverzeichnis der Wohngemeinde eingetragen werden, müssen Auslandsdeutsche einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Im überwiegenden Teil der Fälle ist der Antrag an die Gemeinde zu richten, in der der Auslandsdeutsche zuletzt gewohnt hat. Nach Antragstellung prüft die Gemeinde das Vorliegen der für die Wahlberechtigung eines Auslandsdeutschen erforderlichen Voraussetzungen und übersendet sodann die Briefwahlunterlagen.

In diesem Bundestagswahljahr waren 67 057 Anträge von Auslandsdeutschen zu verzeichnen. Aus den Staaten der Europäischen Union (ohne Kroatien) wurden 32 212 und aus den übrigen Europaratsstaaten 20 209 Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 122 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 642, aus denen Amerikas 6 833, aus denen Asiens 5 024 und aus denen Ozeaniens sowie aus Australien 1 015 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

Gültige und ungültige Stimmen

Gültige Erststimmen

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden insgesamt 43 625 042 gültige Erststimmen (2009: 43 248 000) abgegeben. Diese entscheiden darüber, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Vergleicht man die Erststimmen der CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE

¹ Zu den gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelnen siehe Gisart, B.: „Grundlagen und Daten der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013“ in WiSta 8/2013, Seite 528 ff., hier: Seite 533.

Tabelle 2 Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2013

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Früheres Bundesgebiet				
Wahlberechtigte	50 313 367	100	50 313 367	100
Wähler	36 451 066	72,4	36 451 066	72,4
Ungültige Stimmen	541 373	1,5	459 018	1,3
Gültige Stimmen	35 909 693	100	35 992 048	100
CDU	13 111 162	36,5	11 940 705	33,2
SPD	11 327 407	31,5	9 866 937	27,4
FDP	892 991	2,5	1 878 518	5,2
DIE LINKE	1 702 865	4,7	2 002 914	5,6
GRÜNE	2 818 799	7,8	3 296 767	9,2
CSU	3 544 079	9,9	3 243 569	9,0
PIRATEN	766 116	2,1	771 925	2,1
NPD	369 904	1,0	343 901	1,0
Tierschutzpartei	–	–	140 366	0,4
REP	26 375	0,1	84 427	0,2
ÖDP	124 349	0,3	115 628	0,3
FAMILIE	4 478	0,0	7 449	0,0
Bündnis 21/RRP	5 324	0,0	8 578	0,0
RENTNER	920	0,0	25 134	0,1
BP	28 430	0,1	57 395	0,2
PBC	2 081	0,0	18 542	0,1
BüSo	5 583	0,0	6 926	0,0
DIE VIOLETTEN	2 235	0,0	8 211	0,0
MLPD	8 985	0,0	14 613	0,0
Volksabstimmung	1 748	0,0	28 654	0,1
PSG	–	–	4 051	0,0
AfD	741 593	2,1	1 604 396	4,5
BIG	2 604	0,0	17 348	0,0
pro Deutschland	735	0,0	50 012	0,1
DIE RECHTE	–	–	2 245	0,0
DIE FRAUEN	–	–	12 148	0,0
FREIE WÄHLER	347 013	1,0	334 228	0,9
Partei der Nichtwähler	–	–	11 349	0,0
PARTEI DER VERNUNFT	3 510	0,0	24 719	0,1
Die PARTEI	28 100	0,1	70 393	0,2
B	198	0,0	–	–
DKP	373	0,0	–	–
NEIN!	290	0,0	–	–
Übrige	41 446	0,1	–	–
Neue Länder und Berlin-Ost				
Wahlberechtigte	11 633 533	100	11 633 533	100
Wähler	7 858 859	67,6	7 858 859	67,6
Ungültige Stimmen	143 510	1,8	124 051	1,6
Gültige Stimmen	7 715 349	100	7 734 808	100
CDU	3 122 480	40,5	2 981 172	38,5
SPD	1 516 051	19,6	1 385 278	17,9
FDP	135 654	1,8	205 015	2,7
DIE LINKE	1 882 313	24,4	1 752 785	22,7
GRÜNE	361 500	4,7	397 290	5,1
PIRATEN	197 507	2,6	187 252	2,4
NPD	265 231	3,4	216 927	2,8
Tierschutzpartei	4 437	0,1	–	–
REP	924	0,0	6 766	0,1
ÖDP	3 860	0,1	11 460	0,1
BüSo	12 405	0,2	5 888	0,1
DIE VIOLETTEN	281	0,0	–	–
MLPD	3 919	0,1	9 606	0,1
PSG	–	–	513	0,0
AfD	69 322	0,9	452 589	5,9
BIG	76	0,0	395	0,0
pro Deutschland	4 080	0,1	23 842	0,3
FREIE WÄHLER	84 627	1,1	89 749	1,2
PARTEI DER VERNUNFT	351	0,0	–	–
Die PARTEI	11 288	0,1	8 281	0,1
B	426	0,0	–	–
BGD	1 431	0,0	–	–
DKP	1 326	0,0	–	–
Übrige	35 860	0,5	–	–

Tabelle 3 Differenz Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2013

	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
CDU	16 233 642	37,2	14 921 877	34,1	+ 1 311 765	+ 3,1
SPD	12 843 458	29,4	11 252 215	25,7	+ 1 591 243	+ 3,7
FDP	1 028 645	2,4	2 083 533	4,8	- 1 054 888	- 2,4
DIE LINKE	3 585 178	8,2	3 755 699	8,6	- 170 521	- 0,4
GRÜNE	3 180 299	7,3	3 694 057	8,4	- 513 758	- 1,2
CSU	3 544 079	8,1	3 243 569	7,4	+ 300 510	+ 0,7
Sonstige	3 209 741	7,4	4 775 906	10,9	- 1 566 165	- 3,6
Insgesamt ...	43 625 042	100	43 726 856	100	- 101 814	X

und CSU mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009, so haben die CDU 5,2 und die CSU 0,7 Prozentpunkte sowie die SPD 1,5 Prozentpunkte gewonnen.² Die FDP hat mit 7,1 Prozentpunkten den größten Verlust an Erststimmen gegenüber der Bundestagswahl 2009 zu verzeichnen, DIE LINKE und die GRÜNEN verloren 2,9 beziehungsweise 1,9 Prozentpunkte an Erststimmen. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die SPD in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes mit 31,5% einen um 11,9 Prozentpunkte höheren Erststimmenanteil erzielte als in den Wahlkreisen der neuen Länder und Berlin-Ost (19,6%). Hingegen verzeichnet DIE LINKE in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 24,4% einen deutlich höheren Erststimmenanteil als im früheren Bundesgebiet (4,7%). Weitere Einzelheiten zum Vergleich der neuen und alten Bundesländer sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Wie Tabelle 3 zeigt, erzielte die CDU 1 311 765 (+ 3,1 Prozentpunkte) mehr Erst- als Zweitstimmen. Auch die SPD hat – ähnlich wie bei früheren Wahlen – bei der Bundestagswahl 2013 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (+ 1 591 243 Stimmen). Ihr Erststimmenanteil von 29,4% lag um 3,7 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CSU gewann 300 510 mehr Erst- als Zweitstimmen. Die übrigen Parteien erhielten mehr Zweit- als Erststimmen: Auf die FDP entfielen 1 054 888 mehr Zweit- als Erststimmen (2009 war die Differenz rund 1,2 Millionen Stimmen größer gewesen). DIE LINKE erhielt bei der diesjährigen Bundestagswahl 170 521 mehr Zweit- als Erststimmen und damit eine niedrigere Differenz als noch zur Bundestagswahl 2009 (364 809 mehr Zweit- als Erststimmen). Bei den GRÜNEN waren es 513 758 (- 1,2 Prozentpunkte) weniger Erst- als Zweitstimmen. Auch bei der Bundestagswahl 2009 hatten die GRÜNEN einen um 1,5 Prozentpunkte niedrigeren Erst- als Zweitstimmenanteil erzielt.

Gültige Zweitstimmen

Während die Wähler/-innen mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

² Die Reihenfolge der Parteien im Text und in den Tabellen richtet sich nach ihrer Reihenfolge in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters (Herausgeber): „Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, Wiesbaden 2013.

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden 43 726 856 gültige Zweitstimmen abgegeben. Diese verteilen sich wie folgt auf die zum Zeitpunkt der Wahl im Bundestag vertretenen Parteien:

Tabelle 4 Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013

Zum Zeitpunkt der Wahl im Bundestag vertretene Parteien

	Anzahl	%
CDU	14 921 877	34,1
SPD	11 252 215	25,7
FDP	2 083 533	4,8
DIE LINKE	3 755 699	8,6
GRÜNE	3 694 057	8,4
CSU	3 243 569	7,4

Die restlichen 4 775 906 gültigen Zweitstimmen verteilen sich auf die folgenden Parteien:

Tabelle 5 Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013

Zum Zeitpunkt der Wahl nicht im Parlament vertretene Parteien

	Anzahl	%
PIRATEN	959 177	2,2
NPD	560 828	1,3
Tierschutzpartei	140 366	0,3
REP	91 193	0,2
ÖDP	127 088	0,3
FAMILIE	7 449	0,0
Bündnis 21/RRP	8 578	0,0
RENTNER	25 134	0,1
BP	57 395	0,1
PBC	18 542	0,0
BüSo	12 814	0,0
DIE VIOLETTEN	8 211	0,0
MLPD	24 219	0,1
Volksabstimmung	28 654	0,1
PSG	4 564	0,0
AfD	2 056 985	4,7
BIG	17 743	0,0
pro Deutschland	73 854	0,2
DIE RECHTE	2 245	0,0
DIE FRAUEN	12 148	0,0
FREIE WÄHLER	423 977	1,0
Partei der Nichtwähler	11 349	0,0
PARTEI DER VERNUNFT	24 719	0,1
Die PARTEI	78 674	0,2

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2013 einen Zweitstimmenanteil von 34,1% und wurde damit stärkste Partei. Sie gewann gegenüber der Bundestagswahl 2009 6,9 Prozentpunkte. In allen Bundesländern (ohne Bayern) konnte sie Gewinne – zwischen 4,3 Prozentpunkten in Hamburg und 11,2 Prozentpunkten in Brandenburg sowie Baden-Württemberg – erzielen. Außer in Bremen und Hamburg wurde sie in allen Ländern stärkste Partei.

Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2013 25,7% aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ihr Zweitstimmenanteil 23,0% betragen hatte, gewann sie 2,7 Prozentpunkte.

Verglichen mit der Bundestagswahl 2009 gewann die SPD in den alten Bundesländern mit bis zu 6,3 Prozentpunkten mehr Zweitstimmenanteile als in den neuen (bis zu 1,3 Prozentpunkte). Die höchsten Gewinne erzielte die SPD in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und dem Saarland. In Brandenburg und Thüringen hingegen verlor die SPD Zweitstimmen um 2,0 beziehungsweise 1,5 Prozentpunkte.

DIE LINKE gewann bei der Bundestagswahl 2013 8,6% der gültigen Zweitstimmen; das ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 ein Verlust um 3,3 Prozentpunkte. DIE LINKE verlor in allen Ländern Stimmenanteile, und zwar zwischen 1,7 Prozentpunkten (in Berlin) und 11,2 Prozentpunkten (im Saarland).

Die GRÜNEN erhielten 2013 8,4% aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit gegenüber der Bundestagswahl 2009 2,3 Prozentpunkte an Zweitstimmen. Auch die GRÜNEN hatten in allen Bundesländern Stimmeneinbußen zu verzeichnen, und zwar zwischen 1,1 Prozentpunkten im Saarland sowie Thüringen und 5,0 Prozentpunkten in Berlin.

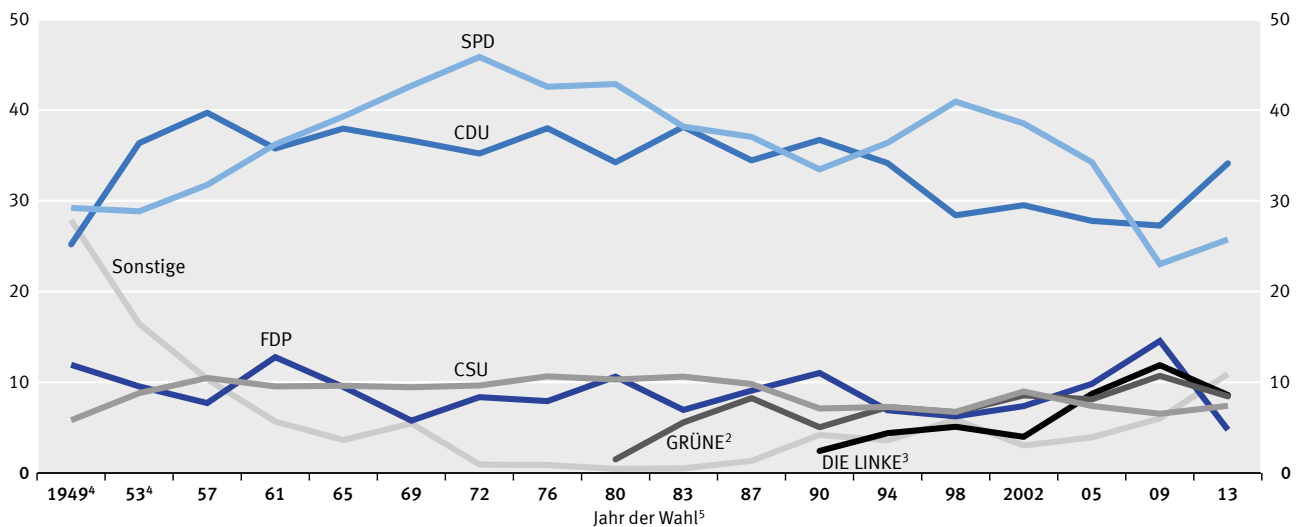
Die CSU konnte bei der Bundestagswahl 2013 einen Gewinn an Zweitstimmen verbuchen; der Zweitstimmenanteil stieg von 42,5% (2009) auf 49,3% der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2013 7,4% aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil stieg damit gegenüber der Bundestagswahl 2009 leicht um 0,9 Prozentpunkte.

Die FDP erreichte 2013 nur 4,8% der gültigen Zweitstimmen und nahm aufgrund der 5%-Hürde daher erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht an der Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag teil. Die FDP erhielt bei der diesjährigen Wahl 9,8 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009. Sie verlor in allen Ländern Zweitstimmenanteile – zwischen 6,8 Prozentpunkten in Brandenburg und 12,6 Prozentpunkten in Baden-Württemberg.

Betrachtet man die Zweitstimmenanteile unter dem Aspekt einer möglichen Regierungsbildung, so ist zunächst zu bemerken, dass CDU und CSU gemeinsam mit 41,5% der Zweitstimmen und 311 von 631 Sitzen im Bundestag keine Mehrheit erreichen. Gemeinsam mit der SPD, die mit ihrem Zweitstimmenanteil von 25,7% allein über 193 Sitze im Bundestag verfügt, ergeben sich 504 Sitze im Deutschen Bundestag für die große Koalition. Die Opposition verfügt hingegen lediglich über 127 Sitze im Bundestag.

15,7% der gültigen Zweitstimmen sind bei der Bundestagswahl 2013 auf Parteien entfallen, die wegen der 5%-Hürde nicht an der Sitzverteilung teilnehmen. Dies stellt einen im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der der Anteil bei 6,0% lag, mehr als doppelt so hohen Wert dar. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse nach Ländern enthält die Anhangtabelle 1 auf Seite 858 ff.

Schaubild 1 Stimmenanteile¹ der Parteien bei den Bundestagswahlen
in %



1 Seit 1953 Zweitstimmen.
 2 1990: einschließlich B 90/Gr.
 3 Bis 17. Juli 2005: PDS.
 4 Ohne das Saarland.
 5 Ab 1990: nach dem Gebietsstand seit 3. Oktober 1990.

Tabelle 6 Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen¹ (BW) 2009 und 2013 und der jeweils letzten Landtagswahl (LW) nach Ländern
Prozent

	Anteil an Stimmen							Anteil an Stimmen					
	CDU/ CSU ²	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige		CDU/ CSU ²	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Schleswig-Holstein							Nordrhein-Westfalen						
BW 2009	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2	BW 2009	34,4	40,0	10,0	5,2	7,6	2,8
LW 2012 ¹	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2	LW 2012 ¹ ...	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
BW 2013	39,2	31,5	5,6	5,2	9,4	9,0	BW 2013	39,8	31,9	5,2	6,1	8,0	9,0
Mecklenburg-Vorpommern							Sachsen						
BW 2009	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9	LW 2009 ¹ ...	40,2	10,4	10,0	20,6	6,4	12,4
LW 2011 ¹	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5	BW 2009	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
BW 2013	42,5	17,8	2,2	21,5	4,3	11,6	BW 2013	42,6	14,6	3,1	20,0	4,9	14,8
Hamburg							Hessen						
BW 2009	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7	BW 2009	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
LW 2011	21,9	48,4	6,7	6,4	11,2 ³	5,5	LW 2013 ¹ ...	38,3	30,7	5,0	5,2	11,1	9,6
BW 2013	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2	BW 2013	39,2	28,8	5,6	6,0	9,9	10,5
Niedersachsen							Thüringen						
BW 2009	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9	LW 2009 ¹ ...	31,2	18,5	7,6	27,4	6,2	9,0
LW 2013 ¹	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6	BW 2009	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7
BW 2013	41,1	33,1	4,2	5,0	8,8	7,8	BW 2013	38,8	16,1	2,6	23,4	4,9	14,2
Bremen							Rheinland-Pfalz						
BW 2009	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5	BW 2009	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
LW 2011	20,4	38,6	2,4	5,6	22,5	10,6	LW 2011 ¹ ...	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
BW 2013	29,3	35,6	3,4	10,1	12,1	9,5	BW 2013	43,3	27,5	5,5	5,4	7,6	10,6
Brandenburg							Bayern						
BW 2009	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4	BW 2009	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
LW 2009 ¹	19,8	33,0	7,2	27,2	5,7 ⁴	7,2	LW 2013 ⁵ ...	47,7	20,6	3,3	2,1	8,6	17,7
BW 2013	34,8	23,1	2,5	22,4	4,7	12,4	BW 2013	49,3	20,0	5,1	3,8	8,4	13,5
Sachsen-Anhalt							Baden-Württemberg						
BW 2009	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2	BW 2009	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
LW 2011 ¹	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4	LW 2011	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
BW 2013	41,2	18,2	2,6	23,9	4,0	10,0	BW 2013	45,7	20,6	6,2	4,8	11,0	11,7
Berlin							Saarland						
BW 2009	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9	BW 2009	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
LW 2011 ¹	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2	LW 2012	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
BW 2013	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6	BW 2013	37,8	31,0	3,8	10,0	5,7	11,7
							Deutschland						
							BW 2009	33,8	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
							BW 2013	41,5 ⁶	25,7	4,8	8,6	8,4	10,9

- 1 Zweitstimmen.
2 CSU nur in Bayern.
3 GRÜNE/GAL.
4 GRÜNE/B90.
5 Gesamtstimmen.
6 Davon CSU 7,4%.

Ungültige Stimmen

Gemäß § 39 Absatz 1 Bundeswahlgesetz sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. den Willen des Wählers³ nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

³ Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Veröffentlichungen ist ein Grundsatz der redaktionellen Arbeit im Statistischen Bundesamt. Beim Zitieren rechtlicher Bestimmungen wird jedoch das generische Maskulinum beibehalten.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig; im Fall der Nr. 3 ist nur die Erststimme ungültig, wenn der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis in demselben Land gültig ist. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Stimmzettelumschlag oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Diese Fallgestaltungen konnten nur bei der Briefwahl vorkommen, da seit der Bundestagswahl 2002 für die Urnenwahl keine Wahlumschläge verwendet werden.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren 684 883 Erststimmen, das sind 1,5 %, und 583 069 Zweitstimmen, das sind 1,3 %, ungültig.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5 %. Er war damit gegenüber den vorangegangenen Bundestagswahlen leicht angestiegen, aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972. Das Gleiche galt für den Anteil der ungültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1990 mit 1,1 %. 1994 betrug der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7 %, von den Zweitstimmen waren 1,3 % ungültig. Im Vergleich zu 1990 war damit der Anteil der ungültigen Stimmen sowohl für Erst- als auch für Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte angestiegen.

Bei der Bundestagswahl 1998 ging der Anteil der ungültigen Erststimmen gegenüber 1994 geringfügig um 0,1 Prozentpunkte auf 1,6 % zurück, der Anteil der ungültigen Zweitstimmen blieb bei 1,3 %. Bei der Bundestagswahl 2002 gingen sowohl der Anteil der ungültigen Erst- als auch der ungültigen Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte zurück, während bei der Bundestagswahl 2005 der Anteil der ungültigen Erststimmen um 0,3 Prozentpunkte auf 1,8 % und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen um 0,4 Prozentpunkte auf 1,6 % anstieg (siehe Tabelle 7). Bei der Bundestagswahl 2009 waren 757 575 (1,7 %) ungültige Erststimmen und 634 385 (1,4 %) ungültige Zweitstimmen und damit etwas mehr ungültige Stimmen zu verzeichnen als bei der Bundestagswahl 2013.

Tabelle 7 Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen¹

	Ungültige Erststimmen		Ungültige Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ²	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990	720 990	1,5	540 143	1,1
1994	788 643	1,7	632 825	1,3
1998	780 507	1,6	638 575	1,3
2002	741 037	1,5	586 281	1,2
2005	850 072	1,8	756 146	1,6
2009	757 575	1,7	634 385	1,4
2013	684 883	1,5	583 069	1,3

¹ Ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.
² Ohne das Saarland.

Die höchsten Anteile ungültiger Stimmen hatte 2013 Hessen mit 2,8 % der Erststimmen und 2,6 % der Zweitstimmen. Über der 2 %-Marke lagen bei den ungültigen Erststimmen das Saarland (2,7 %), Rheinland-Pfalz (2,3 %) und Brandenburg (2,1 %). Bei den ungültigen Zweitstimmen lag nur das Saarland mit 2,6 % über der 2 %-Marke.

Aus welchem Grund die Stimmen ungültig waren, wird aus den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik zu ersehen sein, die Anfang 2014 vorliegen werden. Hier wird zum Beispiel festgestellt werden, bei wie vielen Wählerinnen und Wählern beide Stimmen beziehungsweise nur eine der beiden Stimmen ungültig war(en). Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der Abgabe von ungültigen Stimmzetteln im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik nur in begrenztem Umfang möglich.

Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler

Der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler lag nach dem amtlich festgestellten Endergebnis bei der Bundestagswahl 2013 mit 24,3 % um 2,9 Prozentpunkte höher als 2009; das war der höchste Wert seit Einführung der Briefwahl.

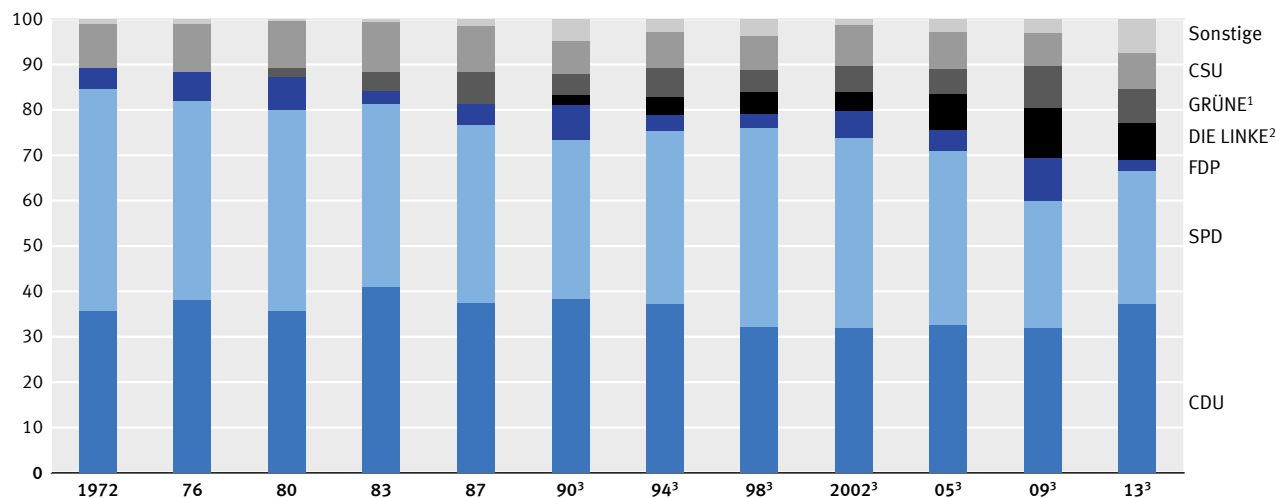
Zum Vergleich die Anteile der Briefwähler/-innen bei vorangegangenen Bundestagswahlen:

1957 ⁴ :	4,9 %,
1990:	9,4 %,
1994:	13,4 %,
1998:	16,0 %,
2002:	18,0 %,
2005:	18,7 %,
2009:	21,4 %,
2013:	24,3 %.

Der Trend zur verstärkten Nutzung der Briefwahl hält demnach an. In allen Bundesländern wählten 2013 mehr Wahlberechtigte per Brief als 2009. Auffallend ist dabei, dass die Briefwahlquoten in den fünf neuen Bundesländern zum Teil deutlich niedriger ausgefallen sind als in den Ländern des früheren Bundesgebietes (einschließlich Berlin-Ost): Sie reichen hier von 15,3 % (Sachsen-Anhalt) bis 18,2 % (Mecklenburg-Vorpommern). In den alten Bundesländern lagen die Quoten zwischen 17,9 % (Schleswig-Holstein) und 35,3 % (Bayern).

⁴ Einführung der Möglichkeit der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 durch das „dritte“ Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956.

Schaubild 2 Gültige Erststimmenanteile
in %



1 1990: einschließlich B 90/Gr.
2 Bis 17. Juli 2005: PDS.
3 Nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990

2013 - 01 - 0997

Im Wahlkreis Gewählte

Die Erststimme entspricht der Entscheidung der Wähler/-innen für einen Wahlkreiskandidaten beziehungsweise eine Wahlkreiskandidatin. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält (relative Mehrheit). Die Verteilung der gültigen Erststimmenanteile bei den Bundestagswahlen seit 1972 zeigt Schaubild 2.

Die CDU hat 191 Wahlkreise gewonnen, auf die SPD entfielen 58 und auf die CSU 45 Wahlkreissitze. DIE LINKE erreichte vier Wahlkreissitze und die GRÜNEN errangen einen Wahlkreis (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8 Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen¹ nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

	Ins-ge-samt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
1949 ...	242	91	96	12	-	-	24	19 ²
1953 ...	242	130	45	14	-	-	42	11 ³
1957 ...	247	147	46	1	-	-	47	6 ⁴
1961 ...	247	114	91	-	-	-	42	-
1965 ...	248	118	94	-	-	-	36	-
1969 ...	248	87	127	-	-	-	34	-
1972 ...	248	65	152	-	-	-	31	-
1976 ...	248	94	114	-	-	-	40	-
1980 ...	248	81	127	-	-	-	40	-
1983 ...	248	136	68	-	-	-	44	-
1987 ...	248	124	79	-	-	-	45	-
1990 ...	328	192	91	1	1	-	43	-
1994 ...	328	177	103	-	4	-	44	-
1998 ...	328	74	212	-	4	-	38	-
2002 ...	299	82	171	-	2	1	43	-
2005 ...	299	106	145	-	3	1	44	-
2009 ...	299	173	64	-	16	1	45	-
2013 ...	299	191	58	-	4	1	45	-

1 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.
2 Davon Bayernpartei: 11; Deutsche Partei: 5; Wählergruppen: 3.
3 Davon Deutsche Partei: 10; Zentrum: 1.
4 Deutsche Partei.

Wie Tabelle 9 auf Seite 854 zeigt, ging bei der Bundestagswahl 2013 in 11 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der SPD an die CDU sowie in fünf Wahlkreisen von der CDU an die SPD über. Von der DIE LINKE wechselten zwölf Wahlkreise an die CDU. 2009 hatte die CDU 173, die SPD 64, die CSU 45, DIE LINKE 16 Wahlkreissitze und die GRÜNEN hatten einen.

Die CDU gewann von ihren 191 Wahlkreisen 63 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 32 (Cloppenburg – Vechna) errang sie mit 66,3% ihren höchsten Erststimmenanteil. 31 ihrer Wahlkreisgewinner/-innen konnten mit Stimmen von weniger als 40% der Wählerinnen und Wähler ihr Mandat gewinnen. Mit nur 32,6% der gültigen Erststimmen siegte die CDU-Kandidatin im Wahlkreis 61 (Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II). Insgesamt fielen 63,9% aller Wahlkreise der CDU zu. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und dem Saarland gewann sie alle Wahlkreise, in Bremen dagegen keinen Wahlkreis.

Von ihren 58 Wahlkreisen hat die SPD zwei mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 123 (Gelsenkirchen) errang ihr Wahlkreisbewerber 50,5% der gültigen Erststimmen. In 16 Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber/-innen weniger als 40% der gültigen Erststimmen für den Sieg im Wahlkreis. Im Wahlkreis 75 (Berlin-Mitte) genügte zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 28,3% der Erststimmen. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland konnte die SPD keinen Wahlkreis gewinnen; in Bremen gewann sie alle Wahlkreise, in Hamburg fünf von sechs.

Die CSU hat in Bayern alle 45 Wahlkreise gewonnen, davon 34 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 213 (Altötting) erreichte sie mit 65,8% ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 244 (Nürnberg-Nord) errang die CSU mit 39,4% das Direktmandat. Dies war ihr niedrigstes Ergebnis für einen Wahlkreisgewinn.

Tabelle 9 Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2009 zu 2013 auf eine andere Partei übergegangen ist

Nr.	Name	Anteil der Erststimmen						2013 gegenüber 2009		
		CDU		SPD		DIE LINKE		CDU	SPD	DIE LINKE
		2013	2009 ¹	2013	2009 ¹	2013	2009 ¹			
		%						Prozentpunkte		
Übergang von der SPD an die CDU										
043	Hannover-Land I	44,3	38,2	38,5	38,7	X	X	+ 6,1	- 0,2	X
048	Hildesheim	42,3	36,5	41,3	39,0	X	X	+ 5,8	+ 2,2	X
056	Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	33,5	21,9	29,6	32,1	X	X	+ 11,7	- 2,5	X
058	Oberhavel – Havelland II	37,5	27,7	28,0	29,2	X	X	+ 9,8	- 1,2	X
061	Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II	32,6	24,0	32,2	28,7	X	X	+ 8,6	+ 3,5	X
062	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I	37,0	24,8	27,2	32,4	X	X	+ 12,2	- 5,3	X
080	Berlin-Charlottenburg – Wilmersdorf	37,1	30,2	31,5	32,0	X	X	+ 6,9	- 0,6	X
120	Essen III	39,5	36,1	39,5	38,6	X	X	+ 3,5	+ 0,8	X
167	Waldeck	41,5	35,3	41,3	37,8	X	X	+ 6,1	+ 3,5	X
207	Worms	42,0	36,0	37,0	37,6	X	X	+ 6,0	- 0,7	X
281	Freiburg	34,9	28,8	30,0	33,0	X	X	+ 6,0	- 3,0	X
Übergang von der CDU an die SPD										
020	Hamburg-Eimsbüttel	33,3	31,2	37,5	23,8	X	X	+ 2,1	+ 13,7	X
022	Hamburg-Wandsbek	37,2	36,5	40,0	34,8	X	X	+ 0,7	+ 5,2	X
027	Oldenburg – Ammerland	36,8	35,5	37,4	31,3	X	X	+ 1,2	+ 6,1	X
082	Berlin-Neukölln	30,6	30,8	32,3	27,3	X	X	- 0,2	+ 5,0	X
132	Bielefeld – Gütersloh II	37,3	36,3	38,1	34,5	X	X	+ 1,0	+ 3,6	X
Übergang von der DIE LINKE an die CDU										
014	Rostock – Landkreis Rostock II	35,1	28,0	X	X	30,7	31,5	+ 7,1	X	- 0,8
057	Uckermark – Barnim I	38,9	25,9	X	X	26,0	32,0	+ 13,0	X	- 6,0
059	Märkisch-Oderland – Barnim II	34,0	23,6	X	X	32,9	37,0	+ 10,4	X	- 4,0
063	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	33,9	22,4	X	X	28,0	32,3	+ 11,5	X	- 4,3
064	Cottbus – Spree-Neiße	35,9	24,1	X	X	20,0	30,0	+ 11,9	X	- 10,0
066	Altmark	42,1	31,2	X	X	30,3	33,4	+ 10,9	X	- 3,1
069	Magdeburg	36,3	30,8	X	X	25,2	32,1	+ 5,5	X	- 6,9
071	Anhalt	41,0	31,5	X	X	28,8	31,5	+ 9,5	X	- 2,7
072	Halle	36,3	30,9	X	X	25,5	33,7	+ 5,4	X	- 8,2
074	Mansfeld	41,9	32,2	X	X	27,6	35,2	+ 9,8	X	- 7,6
194	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	36,1	28,7	X	X	27,0	30,4	+ 7,4	X	- 3,4
197	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen	42,0	30,8	X	X	27,3	32,2	+ 11,2	X	- 4,8

¹ In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2013.

DIE LINKE gewann alle ihre vier Wahlkreise in Berlin. Ihr bestes Wahlkreisergebnis erzielte sie im Wahlkreis 84 (Berlin-Treptow – Köpenick) mit 42,2%; im Wahlkreis 76 (Berlin-Pankow) reichten dem Kandidaten 28,3% für das Wahlkreismandat.

Die GRÜNEN erhielten – wie seit 2002 – einen Wahlkreissitz, und zwar mit 39,9% im Wahlkreis 83 (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost).

Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Zur Bundestagswahl 2013 fand zudem erstmalig das durch das 22. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I Seite 1082) eingeführte Verfahren zur Berechnung der Sitzverteilung im Bundestag (§ 6 Bundeswahlgesetz) Anwendung. Beibehalten wurde das Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl, in dem die Perso-

nenwahl im Wahlkreis (Erststimme) nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl nach Landeslisten der Parteien (Zweitstimmen) kombiniert wird. Novelliert wurde hingegen die Umrechnung der Wählerstimmen in Mandate; diese erfolgt nunmehr in zwei Verteilungsstufen mit jeweils zwei Rechenschritten. Alle vier Rechenschritte werden mittels des Verfahrens Sainte-Laguë/Schepers, welches bereits zur Bundestagswahl 2009 eingesetzt wurde, durchgeführt. Bei der Verteilung der Sitze werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der im Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben.

Schritt 1

In Schritt 1 wird das Sitzkontingent für jedes Bundesland in Abhängigkeit von der deutschen Bevölkerung dieses Landes bestimmt. Hierfür verwendet man das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers. Man teilt die Anzahl der Deutschen durch einen geeigneten Wert („Divisor“), sodass in Summe die Sitzkontingente der Bundesländer genau 598 Sitze ergeben.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Der nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers ermittelte Divisor ist 124 050. In Thüringen leben 2 154 202 Deutsche. Deswegen können in Thüringen genau $\frac{2\,154\,202}{124\,050} = 17,37$ und somit (kaufmännisch gerundet) 17 Sitze auf die Landeslisten der in Thüringen angetretenen Parteien verteilt werden. Analog geht man für die restlichen Bundesländer vor.

Schritt 2

Die in Schritt 1 ermittelten Sitzkontingente werden nun auf die Landeslisten der jeweiligen Parteien aufgeteilt. Hierfür sind die Zweitstimmen der Landeslisten relevant: Um die Anzahl der Sitze einer Landesliste zu ermitteln, teilt man die Zweitstimmen dieser Landesliste durch einen geeigneten Divisor. Dieser Divisor wird auch hier nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers ermittelt und – gesondert für jedes Bundesland – so bestimmt, dass sich in Summe über alle Landeslisten genau das aus Schritt 1 ermittelte Sitzkontingent ergibt.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Thüringen steht aus Schritt 1 ein Sitzkontingent von 17 Sitzen zu. Für Thüringen hat der geeignete Divisor den Wert 60 000.

Die CDU hat in Thüringen 477 283 Zweitstimmen erhalten, das heißt auf die Landesliste der CDU entfallen genau $\frac{477\,283}{60\,000} = 7,95$ und somit (kaufmännisch gerundet) 8 Sitze.

Zwischenergebnis

Für jede Partei wird die bundesweite Mindestsitzzahl ermittelt, das heißt am Ende des Sitzzuteilungsverfahrens darf eine Partei bundesweit nicht weniger Sitze erhalten als ihr die Mindestsitzzahl garantiert. Für die Bestimmung der Mindestsitzzahl wird für jede Landesliste einer Partei das Maximum aus den in Schritt 2 ermittelten Sitzen nach Zweitstimmen und den gewonnenen Wahlkreissitzen festgestellt; das heißt der jeweils größere der beiden Werte wird berücksichtigt. Die so ermittelten Sitze je Land werden summiert und ergeben die garantierte Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei auf Bundesebene.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

In Thüringen reichen die Zweitstimmen der CDU für 8 Sitze. Gleichzeitig hat die CDU 9 Wahlkreise gewonnen. Bei der Ermittlung der bundesweiten Mindestsitzzahl für die CDU müssen aus Thüringen folglich 9 Sitze berücksichtigt werden. Würde die Berechnung der Sitzzuteilung hier enden, so hätte die CDU in Thüringen $9 - 8 = 1$ sogenanntes „Überhangmandat“. Die Sitzzuteilung ist an dieser Stelle allerdings noch nicht beendet; es folgen noch zwei weitere Schritte, die auch durchgeführt werden, falls keine „Über-

hangmandate“ nach dem ersten Schritt angefallen wären. In den folgenden Schritten fließen die sogenannten „Überhangmandate“ in die Mindestsitzzahl ein. Addiert man die Werte aus allen Bundesländern, so ergibt sich für die CDU als Mindestsitzzahl der Wert 242. Die CDU darf am Ende des Sitzzuteilungsverfahrens nicht weniger als 242 Sitze erhalten.

Die CSU hat in Bayern 45 Wahlkreise gewonnen. Nach Zweitstimmen würden der Landesliste 56 Sitze zustehen. Für die CSU entsprechen folglich die 56 Sitze aus Bayern der bundesweiten Mindestsitzzahl. Die CSU darf am Ende des Sitzzuteilungsverfahrens nicht weniger als 56 Sitze erhalten.

Analog geht man für die übrigen Parteien vor. Durch die garantierten Mindestsitzzahlen jeder Partei ergibt sich eine Bundestagsgröße von insgesamt mindestens 602 Sitzen. Im Ergebnis sind die Sitze im Bundestag im Verhältnis der Zweitstimmen zu verteilen. Jede Partei soll in etwa gleich viele Zweitstimmen benötigen, um einen Sitz im Bundestag zu erhalten. Hierzu werden im Folgenden zwei weitere Berechnungsschritte durchgeführt.

Schritt 3

Zunächst muss in der Regel die Bundestagsgröße erhöht werden, damit jede Partei bei der Verteilung der Sitze nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers ihre garantierte Mindestsitzzahl erhält. Erhöht wird so lange bis jede Partei genau ihre garantierte Mindestsitzzahl erhält. Gleichzeitig werden die Sitze im Verhältnis der bundesweit errungenen Zweitstimmen der Parteien verteilt.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

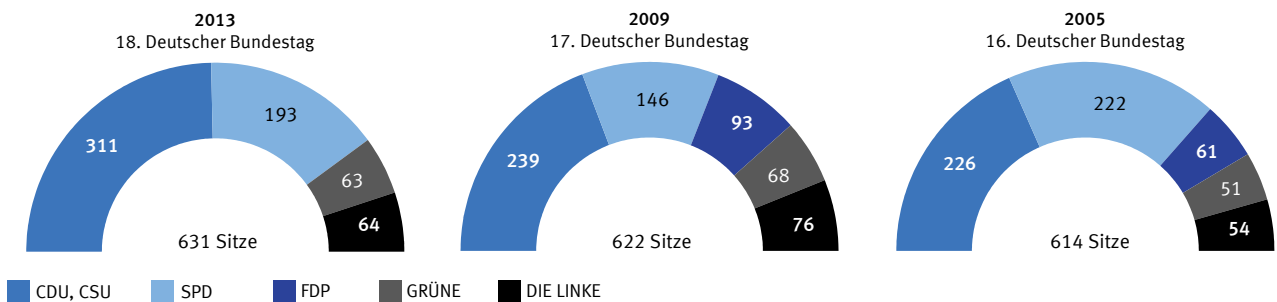
Würde man 602 Sitze gemäß dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers im Verhältnis zu den jeweiligen Zweitstimmen auf die Parteien verteilen, erhielte nicht jede Partei ihre garantierte Mindestsitzzahl. Erst bei einer Gesamtzahl von 631 Sitzen entfällt auf alle Parteien die jeweils garantierte Mindestsitzzahl. Der geeignete Divisor ist 58 420. Die CSU bekommt bei dieser Rechnung $\frac{3\,243\,569}{58\,420} = 55,52$ beziehungsweise gerundet 56 Sitze (also gerade die Mindestsitzzahl). Die CDU bekommt $\frac{14\,921\,877}{58\,420} = 255,42$ beziehungsweise gerundet 255 Sitze, also 13 Sitze mehr als die Mindestsitzzahl.

Bei der CDU sind 13 Sitze mehr als die für sie festgestellte Mindestsitzzahl erforderlich (sogenannte Ausgleichsmandate), um die Bedingungen (Verteilung im Verhältnis der Zweitstimmen sowie Einhaltung der garantierten Mindestsitzzahl für jede Partei) zu erfüllen. Die Ausgleichsmandate sind erforderlich, damit jede Partei je Sitz in etwa die gleiche Anzahl Zweitstimmen benötigt.

Schritt 4

Nachdem für jede Partei die ihr bundesweit zustehende Anzahl Sitze bekannt ist, werden diese auf die jeweiligen Landeslisten verteilt. Dies erfolgt abermals durch Teilung

Schaubild 3 Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag 2005¹, 2009¹ und 2013²
Stand jeweils bei der Wahl



Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.
1 Einschließlich Überhangmandaten.
2 Einschließlich erhöhte Sitzzahl um 33 Sitze.

2013 - 01 - 0999

der Zweitstimmen durch einen geeigneten Divisor. Für jede Partei wird ein eigener Divisor ermittelt. Man könnte den Divisor analog zu den in den Schritten 1 bis 4 durchgeführten Berechnungen so bestimmen, dass sich in Summe genau die geforderte Sitzzahl einer Partei ergibt. Jedoch ist zusätzlich die Bedingung einzuhalten, dass am Ende des

Sitzzuteilungsverfahrens jede Landesliste mindestens so viele Sitze erhält, wie sie Wahlkreise gewonnen hat. Das heißt der Divisor ist so zu bestimmen, dass auch bei Einhaltung dieser Bedingung sich in Summe genau die geforderte Sitzzahl einer Partei ergibt. Diese Bedingung führt dazu, dass die Anzahl der Zweitstimmen, die je Sitz benötigt

Tabelle 10 Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009 nach Ländern

	Deutschland	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin	Nordrhein-Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Baden-Württemberg	Saarland
CDU																	
2013	255	11	6	5	31	2	9	9	9	63	17	21	9	16	-	43	4
Wahlkreis	191	9	6	1	17	-	9	9	5	37	16	17	9	14	-	38	4
Landesliste	64	2	-	4	14	2	-	-	4	26	1	4	-	2	-	5	-
2009	194	9	6	4	21	1	5	5	6	45	16	15	7	13	-	37	4
SPD																	
2013	193	9	3	5	25	2	5	4	8	52	6	16	3	10	22	20	3
Wahlkreis	58	2	-	5	13	2	1	-	2	27	-	5	-	1	-	-	-
Landesliste	135	7	3	-	12	-	4	4	6	25	6	11	3	9	22	20	3
2009	146	6	2	4	19	2	5	3	5	39	5	12	3	8	16	15	2
FDP																	
2013	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2009	93	4	1	2	9	1	2	2	3	20	4	8	2	5	14	15	1
DIE LINKE																	
2013	64	1	3	1	4	1	5	5	6	10	8	3	5	2	4	5	1
Wahlkreis	4	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	60	1	3	1	4	1	5	5	2	10	8	3	5	2	4	5	1
2009	76	2	4	1	6	1	6	6	5	11	8	4	5	3	6	6	2
GRÜNE																	
2013	63	3	1	2	6	1	1	1	4	13	2	5	1	3	9	10	1
Wahlkreis	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	62	3	1	2	6	1	1	1	3	13	2	5	1	3	9	10	1
2009	68	3	1	2	7	1	1	1	4	14	2	6	1	3	10	11	1
CSU																	
2013	56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	56	-	-
Wahlkreis	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	-	-
Landesliste	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-	-
2009	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	-	-
Insgesamt																	
2013	631 ¹	24	13	13	66	6	20	19	27	138	33	45	18	31	91	78	9
Wahlkreis	299	11	6	6	30	2	10	9	12	64	16	22	9	15	45	38	4
Landesliste	332	13	7	7	36	4	10	10	15	74	17	23	9	16	46	40	5
2009	622 ²	24	14	13	62	6	19	17	23	129	35	45	18	32	91	84	10

1 Einschließlich erhöhte Sitzzahl um 33 Sitze.
2 Einschließlich 16 Überhangmandaten: 9 für die SPD (1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt, 1 im Saarland), 7 für die CDU (4 in Sachsen, 3 in Baden-Württemberg).

Tabelle 11 Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

	Insgesamt	Alter Ende 2013 von ... bis ... Jahre									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	70 und mehr
CDU											
Abgeordnete	255	6	12	23	28	40	55	41	38	6	6
Anteile in %	100	2,4	4,7	9,0	11,0	15,7	21,6	16,1	14,9	2,4	2,4
Männer	192	6	8	18	25	30	38	30	26	6	5
Frauen	63	0	4	5	3	10	17	11	12	0	1
SPD											
Abgeordnete	193	3	7	17	26	36	41	30	29	4	0
Anteile in %	100	1,6	3,6	8,8	13,5	18,7	21,2	15,5	15,0	2,1	0,0
Männer	112	3	4	12	16	19	23	15	17	3	0
Frauen	81	0	3	5	10	17	18	15	12	1	0
DIE LINKE											
Abgeordnete	64	1	1	6	10	7	15	15	7	1	1
Anteile in %	100	1,6	1,6	9,4	15,6	10,9	23,4	23,4	10,9	1,6	1,6
Männer	28	1	0	2	5	2	6	8	2	1	1
Frauen	36	0	1	4	5	5	9	7	5	0	0
GRÜNE											
Abgeordnete	63	4	8	7	8	12	7	9	6	1	1
Anteile in %	100	6,3	12,7	11,1	12,7	19,0	11,1	14,3	9,5	1,6	1,6
Männer	28	1	4	4	5	5	1	3	3	1	1
Frauen	35	3	4	3	3	7	6	6	3	0	0
CSU											
Abgeordnete	56	4	3	13	7	5	4	10	9	1	0
Anteile in %	100	7,1	5,4	23,2	12,5	8,9	7,1	17,9	16,1	1,8	0,0
Männer	42	1	3	8	6	5	3	7	8	1	0
Frauen	14	3	0	5	1	0	1	3	1	0	0
Insgesamt											
Abgeordnete	631	18	31	66	79	100	122	105	89	13	8
Anteile in %	100	2,9	4,9	10,5	12,5	15,8	19,3	16,6	14,1	2,1	1,3
Männer	402	12	19	44	57	61	71	63	56	12	7
Frauen	229	6	12	22	22	39	51	42	33	1	1

werden, sich zwischen den Landeslisten einer Partei stärker unterscheiden können als dies ohne Einhaltung dieser Bedingung der Fall wäre.

Beispiel anhand des endgültigen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2013:

Für die CDU ergibt sich für den Divisor der Wert 59 500. In Thüringen hat die Landesliste der CDU 9 Wahlkreise gewonnen und 477 283 Zweitstimmen bekommen. Über die Zweitstimmen würden ihr $\frac{477\,283}{59\,500} = 8,02$, also 8 Sitze zuste-

hen. Da sie aber 9 Wahlkreise gewonnen hat und auch nicht weniger Sitze erhalten darf, bekommt die CDU-Landesliste in Thüringen 9 Sitze.

In Hessen hat die Landesliste der CDU 17 Wahlkreise gewonnen und 1 232 994 Zweitstimmen bekommen. Über die Zweitstimmen würden ihr $\frac{1\,232\,994}{59\,500} = 20,72$, also 21

Sitze zustehen. Das ist mehr als die Zahl der gewonnenen Wahlkreise. Die CDU-Landesliste in Hessen bekommt also 21 Sitze.

Weitere Einzelheiten zum Verfahren der Sitzzuteilung und eine ausführliche Darstellung der Berechnung, insbesondere auch bezüglich der Divisorermittlung, finden sich in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters in Heft 3, End-

gültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, im Abschnitt 8, Seite 312 ff.

Von den durch die Bundestagswahl 2013 gewählten 631 Abgeordneten sind 229 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: CDU 63, SPD 81, DIE LINKE 36, GRÜNE 35 und CSU 14. Ihr Anteil an allen Abgeordneten beträgt 36,3% (Bundestagswahl 2009: 32,8%). 62 Frauen haben bundesweit Direktmandate gewonnen, im Saarland erreichten sie dabei mit 2 von 4 Wahlkreisen den höchsten Anteil (50%). In Bremen fielen Frauen keine Direktmandate zu.

Der jüngste Abgeordnete (Geburtsjahr 1987) im 18. Deutschen Bundestag gehört der SPD, der älteste (Geburtsjahr 1935) der CDU an. Die Altersstruktur der neu gewählten Abgeordneten ergibt sich aus Tabelle 11. [u](#)

Anhangtabelle 1 Endgültige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach Ländern
Zweitstimmen

	Einheit	Jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Mecklen- burg-Vor- pommern	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Berlin
Wahlberechtigte	Anzahl	2013	61 946 900	2 251 796	1 350 705	1 281 918	6 117 473	483 823	2 065 944	1 930 880	2 505 718
	Anzahl	2009	62 168 489	2 234 720	1 400 298	1 256 634	6 112 110	487 978	2 128 715	2 028 572	2 471 665
Wähler	Anzahl	2013	44 309 925	1 645 750	881 718	901 213	4 491 281	333 022	1 412 785	1 198 248	1 815 415
	Anzahl	2009	44 005 575	1 644 384	882 176	896 053	4 482 349	343 027	1 425 302	1 226 721	1 752 839
Wahlbeteiligung	%	2013	71,5	73,1	65,3	70,3	73,4	68,8	68,4	62,1	72,5
	%	2009	70,8	73,6	63,0	71,3	73,3	70,3	67,0	60,5	70,9
Ungültige Zweitstimmen .	Anzahl	2013	583 069	17 460	13 975	10 384	46 021	3 610	24 423	19 433	27 694
	Anzahl	2009	634 385	34 882	14 909	9 715	49 738	4 416	37 750	24 049	29 434
	%	2013	1,3	1,1	1,6	1,2	1,0	1,1	1,7	1,6	1,5
	%	2009	1,4	2,1	1,7	1,1	1,1	1,3	2,6	2,0	1,7
Gültige Zweitstimmen ...	Anzahl	2013	43 726 856	1 628 290	867 743	890 829	4 445 260	329 412	1 388 362	1 178 815	1 787 721
	Anzahl	2009	43 371 190	1 609 502	867 267	886 338	4 432 611	338 611	1 387 552	1 202 672	1 723 405
CDU	Anzahl	2013	14 921 877	638 756	369 048	285 927	1 825 592	96 459	482 601	485 781	508 643
	Anzahl	2009	11 828 277	518 457	287 481	246 667	1 471 530	80 964	327 454	362 311	393 180
	%	2013	34,1	39,2	42,5	32,1	41,1	29,3	34,8	41,2	28,5
	%	2009	27,3	32,2	33,1	27,8	33,2	23,9	23,6	30,1	22,8
SPD	Anzahl	2013	11 252 215	513 725	154 431	288 902	1 470 005	117 204	321 174	214 731	439 387
	Anzahl	2009	9 990 488	430 739	143 607	242 942	1 297 940	102 419	348 216	202 850	348 082
	%	2013	25,7	31,5	17,8	32,4	33,1	35,6	23,1	18,2	24,6
	%	2009	23,0	26,8	16,6	27,4	29,3	30,2	25,1	16,9	20,2
FDP	Anzahl	2013	2 083 533	91 714	18 968	42 869	185 647	11 204	35 365	30 998	63 616
	Anzahl	2009	6 316 080	261 767	85 203	117 143	588 401	35 968	129 642	124 247	198 516
	%	2013	4,8	5,6	2,2	4,8	4,2	3,4	2,5	2,6	3,6
	%	2009	14,6	16,3	9,8	13,2	13,3	10,6	9,3	10,3	11,5
DIE LINKE	Anzahl	2013	3 755 699	84 177	186 871	78 296	223 935	33 284	311 312	282 319	330 507
	Anzahl	2009	5 155 933	127 203	251 536	99 096	380 373	48 369	395 566	389 456	348 661
	%	2013	8,6	5,2	21,5	8,8	5,0	10,1	22,4	23,9	18,5
	%	2009	11,9	7,9	29,0	11,2	8,6	14,3	28,5	32,4	20,2
GRÜNE	Anzahl	2013	3 694 057	153 137	37 716	112 826	391 901	40 014	65 182	46 858	220 737
	Anzahl	2009	4 643 272	203 782	47 841	138 454	475 742	52 283	84 567	61 734	299 535
	%	2013	8,4	9,4	4,3	12,7	8,8	12,1	4,7	4,0	12,3
	%	2009	10,7	12,7	5,5	15,6	10,7	15,4	6,1	5,1	17,4
CSU	Anzahl	2013	3 243 569	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	2 830 238	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	7,4	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2009	6,5	-	-	-	-	-	-	-	-
PIRATEN	Anzahl	2013	959 177	32 217	16 563	24 505	74 601	8 455	30 785	22 753	64 018
	Anzahl	2009	847 870	33 277	20 063	23 168	87 046	8 174	34 832	28 780	58 062
	%	2013	2,2	2,0	1,9	2,8	1,7	2,6	2,2	1,9	3,6
	%	2009	2,0	2,1	2,3	2,6	2,0	2,4	2,5	2,4	3,4
NPD	Anzahl	2013	560 828	11 229	23 735	5 658	37 415	3 640	35 578	25 900	27 014
	Anzahl	2009	635 525	15 848	28 223	7 679	53 909	3 612	35 396	26 584	27 799
	%	2013	1,3	0,7	2,7	0,6	0,8	1,1	2,6	2,2	1,5
	%	2009	1,5	1,0	3,3	0,9	1,2	1,1	2,6	2,2	1,6
Tierschutzpartei	Anzahl	2013	140 366	12 878	-	-	33 809	3 465	-	-	-
	Anzahl	2009	230 872	-	-	-	34 658	-	-	-	23 528
	%	2013	0,3	0,8	-	-	0,8	1,1	-	-	-
	%	2009	0,5	-	-	-	0,8	-	-	-	1,4
REP	Anzahl	2013	91 193	-	663	-	2 786	-	2 488	-	2 564
	Anzahl	2009	193 396	-	1 583	-	-	577	3 084	-	5 921
	%	2013	0,2	-	0,1	-	0,1	-	0,2	-	0,1
	%	2009	0,4	-	0,2	-	-	0,2	0,2	-	0,3
ÖDP	Anzahl	2013	127 088	-	-	1 963	-	-	-	1 978	3 612
	Anzahl	2009	132 249	-	-	2 988	5 364	-	-	-	3 220
	%	2013	0,3	-	-	0,2	-	-	-	-	0,2
	%	2009	0,3	-	-	0,3	0,1	-	-	-	0,2
FAMILIE	Anzahl	2013	7 449	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	120 718	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2009	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-

Anhangtabelle 1 Endgültige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach Ländern
Zweitstimmen

Nordrhein- Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg	Saarland	Jahr	Ein- heit	
13 253 554	3 406 430	4 413 271	1 834 259	3 092 424	9 472 738	7 689 895	796 072	2013	Anzahl	Wahlberechtigte
13 288 291	3 518 195	4 398 919	1 913 559	3 103 878	9 382 583	7 633 818	808 554	2009	Anzahl	
9 605 247	2 368 758	3 230 483	1 251 403	2 251 979	6 633 726	5 711 469	577 428	2013	Anzahl	Wähler
9 493 850	2 285 953	3 244 641	1 247 764	2 233 548	6 720 532	5 530 242	596 194	2009	Anzahl	
72,5	69,5	73,2	68,2	72,8	70,0	74,3	72,5	2013	%	Wahlbeteiligung
71,4	65,0	73,8	65,2	72,0	71,6	72,4	73,7	2009	%	
107 090	36 106	82 392	19 710	37 482	52 971	69 450	14 868	2013	Anzahl	Ungültige Zweitstimmen
104 438	33 594	67 070	15 995	40 419	68 496	88 153	11 327	2009	Anzahl	
1,1	1,5	2,6	1,6	1,7	0,8	1,2	2,6	2013	%	
1,1	1,5	2,1	1,3	1,8	1,0	1,6	1,9	2009	%	
9 498 157	2 332 652	3 148 091	1 231 693	2 214 497	6 580 755	5 642 019	562 560	2013	Anzahl	Gültige Zweitstimmen
9 389 412	2 252 359	3 177 571	1 231 769	2 193 129	6 652 036	5 442 089	584 867	2009	Anzahl	
3 776 563	994 601	1 232 994	477 283	958 655	-	2 576 606	212 368	2013	Anzahl	CDU
3 111 478	800 898	1 022 822	383 778	767 487	-	1 874 481	179 289	2009	Anzahl	
39,8	42,6	39,2	38,8	43,3	-	45,7	37,8	2013	%	
33,1	35,6	32,2	31,2	35,0	-	34,4	30,7	2009	%	
3 028 282	340 819	906 906	198 714	608 910	1 314 009	1 160 424	174 592	2013	Anzahl	SPD
2 678 956	328 753	812 721	216 593	520 990	1 120 018	1 051 198	144 464	2009	Anzahl	
31,9	14,6	28,8	16,1	27,5	20,0	20,6	31,0	2013	%	
28,5	14,6	25,6	17,6	23,8	16,8	19,3	24,7	2009	%	
498 027	71 259	175 144	32 101	122 640	334 158	348 317	21 506	2013	Anzahl	FDP
1 394 554	299 135	527 432	120 635	364 673	976 379	1 022 958	69 427	2009	Anzahl	
5,2	3,1	5,6	2,6	5,5	5,1	6,2	3,8	2013	%	
14,9	13,3	16,6	9,8	16,6	14,7	18,8	11,9	2009	%	
582 925	467 045	188 654	288 615	120 338	248 920	272 456	56 045	2013	Anzahl	DIE LINKE
789 814	551 461	271 455	354 875	205 180	429 371	389 637	123 880	2009	Anzahl	
6,1	20,0	6,0	23,4	5,4	3,8	4,8	10,0	2013	%	
8,4	24,5	8,5	28,8	9,4	6,5	7,2	21,2	2009	%	
760 642	113 916	313 135	60 511	169 372	552 818	623 294	31 998	2013	Anzahl	GRÜNE
945 831	151 283	381 948	73 838	211 971	719 265	755 648	39 550	2009	Anzahl	
8,0	4,9	9,9	4,9	7,6	8,4	11,0	5,7	2013	%	
10,1	6,7	12,0	6,0	9,7	10,8	13,9	6,8	2009	%	
-	-	-	-	-	3 243 569	-	-	2013	Anzahl	CSU
-	-	-	-	-	2 830 238	-	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	49,3	-	-	2013	%	
-	-	-	-	-	42,5	-	-	2009	%	
209 507	58 561	64 655	29 499	49 664	127 934	130 767	14 693	2013	Anzahl	PIRATEN
158 585	-	66 708	31 031	41 728	135 790	112 006	8 620	2009	Anzahl	
2,2	2,5	2,1	2,4	2,2	1,9	2,3	2,6	2013	%	
1,7	-	2,1	2,5	1,9	2,0	2,1	1,5	2009	%	
94 291	76 436	34 115	39 107	23 980	56 737	56 302	9 691	2013	Anzahl	NPD
88 690	89 611	35 929	39 603	26 077	87 591	61 575	7 399	2009	Anzahl	
1,0	3,3	1,1	3,2	1,1	0,9	1,0	1,7	2013	%	
0,9	4,0	1,1	3,2	1,2	1,3	1,1	1,3	2009	%	
-	-	-	-	-	46 937	43 277	-	2013	Anzahl	Tierschutzpartei
59 731	-	31 917	-	-	43 215	37 823	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	0,7	0,8	-	2013	%	
0,6	-	1,0	-	-	0,6	0,7	-	2009	%	
13 848	-	8 402	2 593	8 545	27 457	21 847	-	2013	Anzahl	REP
30 015	7 148	19 240	4 339	18 208	54 588	48 693	-	2009	Anzahl	
0,1	-	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	-	2013	%	
0,3	0,3	0,6	0,4	0,8	0,8	0,9	-	2009	%	
12 978	-	-	7 900	6 588	68 365	23 704	-	2013	Anzahl	ÖDP
8 866	-	-	5 086	6 334	75 866	24 525	-	2009	Anzahl	
0,1	-	-	0,6	0,3	1,0	0,4	-	2013	%	
0,1	-	-	0,4	0,3	1,1	0,5	-	2009	%	
-	-	-	-	-	-	-	7 449	2013	Anzahl	FAMILIE
45 106	-	-	-	22 279	44 421	-	8 912	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	-	-	1,3	2013	%	
0,5	-	-	-	1,0	0,7	-	1,5	2009	%	

noch Anhangtabelle 1 Endgültige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach Ländern
Zweitstimmen

	Einheit	Jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Mecklen- burg-Vor- pommern	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Branden- burg	Sachsen- Anhalt	Berlin
Bündnis 21/RRP	Anzahl	2013	8 578	-	-	-	-	395	-	-	-
	Anzahl	2009	100 605	-	-	-	31 977	4 144	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	-	0,1	-	-	-
	%	2009	0,2	-	-	-	0,7	1,2	-	-	-
RENTNER	Anzahl	2013	25 134	6 843	-	3 819	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	56 399	16 006	-	6 572	-	-	-	-	-
	%	2013	0,1	0,4	-	0,4	-	-	-	-	-
	%	2009	0,1	1,0	-	0,7	-	-	-	-	-
BP	Anzahl	2013	57 395	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	48 311	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2009	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
PBC	Anzahl	2013	18 542	-	-	-	5 664	-	-	-	-
	Anzahl	2009	40 370	-	-	-	-	855	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	0,1	-	-	-	-
	%	2009	0,1	-	-	-	-	0,3	-	-	-
BüSo	Anzahl	2013	12 814	-	-	-	-	-	-	-	1 810
	Anzahl	2009	38 706	-	-	-	-	-	2 889	-	4 709
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
	%	2009	0,1	-	-	-	-	-	0,2	-	0,3
DIE VIOLETTEN	Anzahl	2013	8 211	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	31 957	-	-	-	-	-	-	-	5 492
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2009	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,3
MLPD	Anzahl	2013	24 219	521	1 166	423	1 267	156	1 581	1 798	1 410
	Anzahl	2009	29 261	616	1 730	445	1 353	216	1 621	3 181	1 111
	%	2013	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1
	%	2009	0,1	0,0	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,3	0,1
Volksabstimmung	Anzahl	2013	28 654	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anzahl	2009	23 015	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2009	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
PSG	Anzahl	2013	4 564	-	-	-	-	-	-	-	965
	Anzahl	2009	2 957	-	-	-	-	-	-	-	1 420
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
	%	2009	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
AfD	Anzahl	2013	2 056 985	74 346	48 885	37 142	165 875	12 307	83 075	49 661	88 060
	%	2013	4,7	4,6	5,6	4,2	3,7	3,7	6,0	4,2	4,9
BIG	Anzahl	2013	17 743	-	-	-	-	-	-	-	3 509
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,2
pro Deutschland	Anzahl	2013	73 854	-	1 693	-	4 990	466	5 805	3 680	5 665
	%	2013	0,2	-	0,2	-	0,1	0,1	0,4	0,3	0,3
DIE RECHTE	Anzahl	2013	2 245	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
DIE FRAUEN	Anzahl	2013	12 148	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
FREIE WÄHLER	Anzahl	2013	423 977	8 747	8 004	2 856	21 773	814	1 3416	12 358	7 531
	%	2013	1,0	0,5	0,9	0,3	0,5	0,2	1,0	1,0	0,4
Partei der Nichtwähler ...	Anzahl	2013	11 349	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
PARTEI DER VERNUNFT ...	Anzahl	2013	24 719	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2013	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Die PARTEI	Anzahl	2013	78 674	-	-	5 643	-	1 549	-	-	18 673
	%	2013	0,2	-	-	0,6	-	0,5	-	-	1,0
DKP	Anzahl	2009	1 894	-	-	-	-	-	-	-	1 894
	%	2009	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Übrige ¹	Anzahl	2009	72 797	1 807	-	1 184	4 318	1 030	24 285	3 529	2 275
	%	2009	0,2	0,1	-	0,1	0,1	0,3	1,8	0,3	0,1

1 Übrige Parteien und politische Vereinigungen.

noch Anhangtabelle 1 Endgültige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach Ländern
Zweitstimmen

Nordrhein- Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg	Saarland	Jahr	Ein- heit	
5 151	-	-	-	-	3 032	-	-	2013	Anzahl	Bündnis 21/RRP
12 952	-	-	-	-	48 458	-	3074	2009	Anzahl	
0,1	-	-	-	-	0,0	-	-	2013	%	
0,1	-	-	-	-	0,7	-	0,5	2009	%	
-	-	-	-	-	-	14 472	-	2013	Anzahl	RENTNER
33 821	-	-	-	-	-	-	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	-	0,3	-	2013	%	
0,4	-	-	-	-	-	-	-	2009	%	
-	-	-	-	-	57 395	-	-	2013	Anzahl	BP
-	-	-	-	-	48 311	-	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	0,9	-	-	2013	%	
-	-	-	-	-	0,7	-	-	2009	%	
-	-	-	-	-	-	12 878	-	2013	Anzahl	PBC
-	-	-	-	5 823	9 262	24 430	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	-	0,2	-	2013	%	
-	-	-	-	0,3	0,1	0,4	-	2009	%	
1 975	5 076	1 536	-	-	1 375	1 042	-	2013	Anzahl	BüSo
2 396	18 789	3 746	-	-	3 305	2 872	-	2009	Anzahl	
0,0	0,2	0,0	-	-	0,0	0,0	-	2013	%	
0,0	0,8	0,1	-	-	0,0	0,1	-	2009	%	
-	-	-	-	-	8 211	-	-	2013	Anzahl	DIE VIOLETTEN
-	-	-	-	-	13 872	12 593	-	2009	Anzahl	
-	-	-	-	-	0,1	-	-	2013	%	
-	-	-	-	-	0,2	0,2	-	2009	%	
4 600	2 564	1 071	1 744	859	1 757	2 941	361	2013	Anzahl	MLPD
4 268	5 281	1 137	1 991	650	1 769	3 640	252	2009	Anzahl	
0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	2013	%	
0,0	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	2009	%	
17 622	-	-	-	-	-	11 032	-	2013	Anzahl	Volksabstimmung
9 367	-	-	-	-	-	13 648	-	2009	Anzahl	
0,2	-	-	-	-	-	0,2	-	2013	%	
0,1	-	-	-	-	-	0,3	-	2009	%	
2 155	-	1 444	-	-	-	-	-	2013	Anzahl	PSG
1 537	-	-	-	-	-	-	-	2009	Anzahl	
0,0	-	0,0	-	-	-	-	-	2013	%	
0,0	-	-	-	-	-	-	-	2009	%	
372 258	157 781	176 319	76 013	106 414	283 570	295 988	29 291	2013	Anzahl	AfD
3,9	6,8	5,6	6,2	4,8	4,3	5,2	5,2	2013	%	
10 705	-	-	-	-	-	3 529	-	2013	Anzahl	BIG
0,1	-	-	-	-	-	0,1	-	2013	%	
23 243	9 736	3 754	-	4 451	4 874	4 595	902	2013	Anzahl	pro Deutschland
0,2	0,4	0,1	-	0,2	0,1	0,1	0,2	2013	%	
2 245	-	-	-	-	-	-	-	2013	Anzahl	DIE RECHTE
0,0	-	-	-	-	-	-	-	2013	%	
-	-	-	-	-	12 148	-	-	2013	Anzahl	DIE FRAUEN
-	-	-	-	-	0,2	-	-	2013	%	
25 127	34 858	24 929	17 613	28 159	180 649	33 479	3 664	2013	Anzahl	FREIE WÄHLER
0,3	1,5	0,8	1,4	1,3	2,7	0,6	0,7	2013	%	
11 349	-	-	-	-	-	-	-	2013	Anzahl	Partei der Nichtwähler
0,1	-	-	-	-	-	-	-	2013	%	
6 888	-	-	-	5 922	6 840	5 069	-	2013	Anzahl	PARTEI DER VERNUNFT
0,1	-	-	-	0,3	0,1	0,1	-	2013	%	
37 776	-	15 033	-	-	-	-	-	2013	Anzahl	Die PARTEI
0,4	-	0,5	-	-	-	-	-	2013	%	
-	-	-	-	-	-	-	-	2009	Anzahl	DKP
-	-	-	-	-	-	-	-	2009	%	
13 445	-	2 516	-	1 729	10 317	6 362	-	2009	Anzahl	Übrige ¹
0,1	-	0,1	-	0,1	0,2	0,1	-	2009	%	

1 Übrige Parteien und politische Vereinigungen.

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.